



Ergebnisse veröffentlicht – die Gründungsforderung bleibt bestehen!

Trotz des negativen Meinungsbildes, 51,1 % sprachen sich gegen, 42,9% für eine Pflegeberufekammer aus und 6% waren neutral, steht der Landespflegerat zur Forderung eine Pflegeberufekammer zu gründen. Dem muss nun ein echter Prüfstein folgen.

Zwar spricht Herr Staatsminister Grüttner davon, dass die Beteiligung sehr wichtig war, dies zeigte sich aber zu keinem Zeitpunkt bei der Durchführung der Befragung. So wurde die zunächst hastig im November 2017 für Februar 2018 angekündigt, sodann verschoben auf Mai um sie dann tatsächlich im Juni zu starten– dies alles ohne plausible Begründung. Darüber hinaus muss der Zeitraum einer solch wichtigen Befragung über die Sommerferien hinterfragt werden.

Weitere Probleme reihten sich an: Mitten in der Befragung wurde das Vorgehen durch das statistische Landesamt geändert. Zunächst bekamen alle Pflegefachpersonen einen versiegelten Briefumschlag, später gab es nur noch Flyer mit einem aufgedruckten Code für Einrichtungen mit weniger als 150 Pflegefachpersonen.

Dies allerdings ohne über diese Änderung flächendeckend und eindeutig zu informieren. Dem Landespflegerat liegen mehrere Berichte vor, in dem die Befragungsbögen ziellos in Gemeinschaftsräumen oder Postfächern verteilt wurden. So muss von einer großen Dunkelziffer ausgegangen werden, ob Pflegefachpersonen die Bögen überhaupt erhalten haben, Befürworter wie Gegner mehrfach oder sogar Berufsfremde abgestimmt haben.

Als weiteren Kritikpunkt ist zu nennen, dass mehrere tausend Fragebögen nachgedruckt und erst sehr spät versendet wurden, da man Pflegefachpersonen zuvor einfach vergessen hatte oder die versendeten Bögen nicht ausreichend waren. In Bezug auf den sehr kurzen Zeitraum zur Teilnahme ist dies kein adäquates Vorgehen.

Sehr verwundert ist der Landespflegerat über den Wortlaut des Staatsministers, der nun auf einmal von einer „Abstimmung“ spricht, was zuvor als Meinungsbild deklariert wurde und im Koalitionsvertrag als Prüfschritt beschrieben ist.

Der Landespflegerat Hessen fordert daher eine echte und ordentliche Prüfung. Das jetzt getroffene Meinungsbild mit all seinen genannten Problemen kann nur ein Hinweis sein, dem eine richtige Prüfung zu Grunde gelegt werden muss. Es werden daher alle potenziellen Koalitionspartner aufgefordert, an ihren Forderungen im Wahlkampf zur Gründung einer Pflegeberufekammer festzuhalten.

Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zeigen, dass gut informierte Pflegefachpersonen für eine Pflegeberufekammer sind – die Chance zu einer guten Information über alle Sektoren hinweg, mit Abwägung aller Argumente hatten die Pflegefachpersonen in Hessen nicht.

Der Landespflegerat wird sich weiterhin für die Einrichtung einer Pflegeberufekammer einsetzen und erklärt sich ebenfalls weiterhin bereit, bei einer ordentlichen Prüfung mitzuwirken.

Der Landespflegerat Hessen

ADS

Arbeitsgemeinschaft
Christlicher Schwesternverbände
und Pflegeorganisationen
in Deutschland e.V.

BLGS

Bundesverband Lehrende Gesundheits- und
Sozialberufe e.V.

Bundesverband

Pflegemanagement e.V.
Landesgruppe Hessen

BvFPk e.V.

Bundesverband freiberuflicher
Pflegefachkräfte e.V.

Hebammen

Landesverband der Hessischen
Hebammen e.V.

BeKD

Berufsverband Kinderkrankenpflege
Deutschland e.V.

BFLK

Bundesfachvereinigung Leitender
Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V.

DBfK

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe
DBfK Südwest e.V.

DGF

Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege
und Funktionsdienste e.V.

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V.

VdS

Verband der Schwesternschaften

VPU

Verband der PflegedirektorInnen der
Unikliniken